

Entwurf

Wir beantragen den Entwurf ins Parteiprogramm der AG Behindertenrecht in Gründung mit aufzunehmen

Verbesserungsvorschlag zum Entwurf eines Dachverbandes mit dem bundesweiten Titel Familienpolitik.

1.) Die einseitig, feministisch orientierten Vereine von Wildwasser, Zartbitter usw. (Liste bei AG Behindertenrecht einsehbar) müssen nicht länger von der Bundesregierung bezuschußt werden. Die Offenlegung des Finanzstatus ist ein Bürgerrecht. Als Begründung sei auf die Anlage im Anhang verwiesen.

2.) Daraus resultierten in der Vergangenheit zahlreiche Zusammenschlüsse (Schirmherrin runder Tisch sexuell mißbrauchte/r Opfer, ehemalige Familienministerin Frau Dr. Christine Bergmann, Vorstand N.I.N.A.) u.a. mit der Kinderschutzambulanz, Hüfferstr. 18, 48149 Münster, Tel 0251 41854-0, Fax 0251 4185426 und steht bis jetzt außer Konkurrenz..

3.) Der Dachverband Familienpolitik braucht

1. eine unabhängige, übergeordnete Kontrollinstanz (Kommission und Gutachterstelle) zum Beispiel K.I.N. D. Kinder in Not-Deutschland bestehend aus Familienhelfern, Betreuern, persönliche Assistenten usw. um der Politik zum Thema Mißbrauch mit dem Mißbrauch eine politische Richtung vorzugeben.

2. für die gerichtlich beschlossenen, einseitig, feministisch, gerichtshörigen Betreuungsvereine fehlt vom BGH Karlsruhe eine beschlossene Haftung der Betreuer/innen auf Bundesebene.

a. wir brauchen eine/n Behindertenbeauftragte/n auf Landesebene (siehe Resolution 61/106 AG Behindertenrecht) der /die Artikel anwenden muß.

b. das Risiko, bei Zusammenschlüssen auseinanderzubrechen, muß ausgeschlossen werden. Dazu gibt es bestimmte Satzungen, wo was festgelegt wird.

Vielen Dank mit freundlichen Grüßen

A. Huber

AG Behindertenrecht in Gründung